

Haushaltsrede 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr geehrte Damen und Herren,

erneut liegt ein herausforderndes Jahr mit disruptiven Veränderungen hinter uns.

Nahm Anfang des Jahres noch immer das Pandemiegeschehen die Verwaltung außerordentlich in Anspruch, bestimmte ab Februar der brutale Überfall Russlands auf die Ukraine zusätzlich die besonderen Herausforderungen auch im Bodenseekreis.

Vor diesem Hintergrund möchte ich der Verwaltung meinen Dank und den der Fraktion der Freien Demokraten aussprechen. In diesen Zeiten sind große Herausforderungen und hohe Belastungen gemeistert worden – und gleichzeitig kann ich sagen, dass Nachfragen zu Problemstellungen oder Diskussionspunkten immer sachlich und offen beantwortet wurden.

Die russische Kriegsführung gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts wird uns voraussichtlich vor weitere Herausforderungen stellen, die von der russischen Kriegspartei wohl als Nebeneffekt auch so gewünscht ist:

- Der Beschuss von ziviler kritischer Infrastruktur soll in der frostigen Kälte des ukrainischen Winters Flüchtlingswellen auslösen, die in den europäischen Unterstützerländern der Ukraine – und so auch bei uns im Bodenseekreis – für außergewöhnliche Belastungen und kritische Debatten sorgen sollen, was manche politischen Akteure hierzulande zu gerne aufnehmen – bereit, unsere Integrität, unsere Verankerung in der europäischen Mitte und unser Bekenntnis zum humanitären Völkerrecht dem Wohlwollen russischer Machthaber unterwürfig auszuliefern.

- Die Versorgung der Flüchtlinge wird begleitet durch gestiegene Energiekosten, die zu direkten Auswirkungen auf die Ausgaben im Haushalt und zu anderen irgendwann auch Auswirkungen bei den Einnahmen haben werden. Auch wenn der ifo-Geschäftsklimaindex gerade zart nach oben zeigt, so tut er das doch deutlich unter dem Niveau der vergangenen zwei Jahre, ganz zu schweigen von der Zeit vor der Pandemie.
- Zusätzliche Angriffe auf unsere eigene Infrastruktur – seien sie physikalisch oder im Cyberraum – können uns vor weiteren Herausforderungen stellen, die wir derzeit noch nicht überblicken und die weiteren, finanziellen Risiken für uns bereithalten können.

Vor diesen Herausforderungen stehend, ist es herauszustellen, dass der jetzige Haushalt des Bodenseekreises, mit deutlich über 410 Mio. Euro Ausgaben in Anführungszeichen „nur“ einen Fehlbetrag von 3,76 Mio. Euro ausweist, was unterhalb der Investitionssummen liegt und weniger als einem Prozent des Haushaltsvolumens entspricht. Dabei wird im Plan auf eine Erhöhung der Kreisumlage verzichtet, was den Gemeinden des Bodenseekreises selbst damit keine zusätzliche Last angesichts der genannten Herausforderungen aufbürdet. Dies freut die hier anwesenden Bürgermeister sicher zu hören.

Allerdings muss man auch festhalten, dass wir den Kreishaushalt auch zukünftig so ausstatten müssen, dass er auch in der Krise seine Aufgaben ordentlich wahrnehmen kann.

Ich gebe ein Beispiel:

Das Aufkommen der Kreisumlage deckt derzeit knapp 63% der Sozialleistungen des Bodenseekreises an natürliche Personen außerhalb v. Einrichtungen ab, betrachtet man auch noch natürliche Personen innerhalb v. Einrichtungen hinzu, sinkt der prozentuale Anteil auf gerade mal 55%.

Man kann dem natürlich noch die Zuwendungen für Sozialausgaben aus anderen Positionen entgegenhalten, doch:

auch wenn ich die Haushaltssorgen der Gemeinden in diesen Zeiten nachvollziehen kann, sollten wir uns vielleicht doch noch mal Gedanken machen, ob dies in Zukunft nicht doch einer Anpassung bedarf.

Die Fraktion der Freien Demokraten bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Dillmann und seinem Team der Kämmerei, das diesen Haushalt entsprechend aufgestellt hat und dem die Fraktion der Freien Demokraten zustimmen wird.

Dennoch bleiben Ungewissheiten:

- Die Tarifverhandlungen ab Januar 2023 können bereits die Personalkosten im 6–7-stelligen Bereich verändern
- Die Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge haben noch Risikopotential für den vorliegenden Haushalt
- Die aus der Steuerschätzung skizzierten Mehreinnahmen für Gemeinden in 2023 von 5,3% gegenüber 2022 könnte am Ende deutlich unter dem Satz der Kostensteigerung liegen.

Die Risiken für den Haushalt sind nicht zu leugnen, und auch, wenn einige Rückstellungen schon erfolgt sind, wird es im kommenden Jahr durchaus noch spannend werden, wie die Zahlen sich entwickeln.

Um in diesen Zeiten für Eventualitäten gewappnet zu sein, bedarf es einer Personaldecke, die die angehenden Aufgaben stemmen kann. Dies ist nicht ohne weiteres und nicht mit beliebigem Personal zu stemmen ist, dass sehen wir natürlich ein.

Gleichzeitig leidet die Verwaltung wie die Unternehmen der Privatwirtschaft auch zunehmend unter einem mangelnden Angebot an Fachkräften mit der für die anstehenden Aufgaben notwendigen Qualifikation. Diese Menschen entscheiden sich dann die für sie günstigsten Stellenangebote, was die Verwaltung des Bodenseekreises in den Wettbewerb als Arbeitgeber mit anderen Verwaltungen zwingt.

Daher halten wir den Gedanken eines krisenbedingten Personalpools mit unbefristeten Anstellungen, der sich nach Bewältigung der Krise nach und nach auf freiwerdende Stellen der Verwaltung verteilt und dadurch wieder auf eine „Routinestärke“ ausdünn, für tragfähig und stimmen solch einer Idee auch zu.

Gleichzeitig sollten wir unterscheiden, welche Aufgaben zu den notwendigen gehören und welche Aufgaben niedriger priorisiert werden können, um das Machbare sicherzustellen und das Wünschenswerte für Reserven vorzusehen.

Dies muss auch für zukünftige Personalstellen innerhalb dieser „Routinestärke“ gelten, die z.B. zunächst nicht vom Bodenseekreis selbst, sondern vom Land finanziert werden – hier sollten

wir zukünftig genau prüfen inwiefern die Schaffung solcher Stellen für den Bodenseekreis mit einem echten Mehrwert und Nutzen anwendbar sind, denn am Ende der Förderung bleiben die Stellen in Kraft und müssen aus dem Kreishaushalt finanziert werden.

Im Investitionsbereich sind die größten Einzelposten neben den notwendigen Investitionen in Unterkünfte für Asylsuchende und Flüchtlinge im Bereich der Südumfahrung Markdorf, dem Investitionskostzuschuss für die Flughafen FN GmbH, dem BZM Markdorf oder der Technikerneuerung für die integrierte Leitstelle Bodenseekreis zu finden – Alles in allem Investitionen in Infrastruktur, die unsere Zustimmung finden, ob sie wegen der Lieferschwierigkeiten mancherorts auch im kommenden Jahr realisiert werden können, bleibt abzuwarten und wie damit dann umgegangen wird, z.B. wegen zusätzlicher Kosten, sollten wir von Fall zu Fall betrachten.

Die Zukunft wird ungewisser, Krisen häufen sich, und welche Ausgaben uns zukünftig noch auf die Füße fallen ist heute noch nicht absehbar.

Dies wird sich auch in zukünftige Haushaltsplanung bemerkbar machen müssen: Rückstellungen für steigende Risiken – auch diejenigen die zur Planung noch nicht absehbar sind – sind wo möglich entsprechend zu bilden und werden unseren Investitionsspielraum verringern, zumal die Transferaufwendungen mit 230 Mio. Euro, davon alleine fast 200 Mio. Euro an Sozialleistungen, schon mit über 50% den Löwenanteil des Haushalts abbilden und wohl kurzfristig auch nicht weniger werden.

Das zeigt zum einen, dass unser Staat mit seinem Sozialsystem eben nicht, wie hier und da gerne behauptet wird, diejenigen vergisst, die auf Hilfe angewiesen sind.

Auf der anderen Seite ist es derzeit nicht absehbar, wie lange es den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine verwehrt sein wird, sicher in ihre Heimat zurückzukehren, wie viele Flüchtlinge aus anderen Regionen ihren Weg in den Bodenseekreis finden werden, und wie sich die Zahl derer, die Anspruch auf Transferleistungen haben, entwickeln wird.

Dies muss uns zur Vorsicht und Zurückhaltung in der Planung zukünftiger Ausgaben mahnen, und dass ein oder andere Vorhaben neu bewerten lassen.

Wir werden an wichtigen Infrastrukturvorhaben wie die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn weiterhin festhalten müssen, wollen wir zukünftigen Generationen endlich einen besseren ÖPNV auf der Schiene ermöglichen.

Wir müssen auch die Infrastruktur erhalten, die unsere Gemeinden vernetzt und unseren Wirtschaftsraum an den Rest Baden-Württembergs, Deutschlands und der Welt anbindet, wollen wir den Wohlstand im Bodenseekreis nicht abwürgen.

Ebenso werden wir unsere Hausaufgaben im Bildungsbereich auch weiterhin erledigen.

Auch dort, wo Investitionen mittel- aber auch kurzfristig einen finanziellen Mehrwehrt für den Bodenseekreis bieten, wie zum Beispiel die Senkung von Betriebsausgaben durch PV-Installationen lassen wir Freien Demokraten mit uns reden, es kommt natürlich immer auf die Effizienz der Maßnahmen an.

Darüber hinaus werden wir uns die Ausgaben zukünftig genauer anschauen müssen, denn Deutschland befindet sich im Krisenmodus und das gilt für den Bodenseekreis nicht minder. Es liegen also auch weiterhin spannende Jahre vor uns.

Dem Antrag der SPD würde die Fraktion der Freien Demokraten in der von der Kreisverwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise zustimmen.

Dem Antrag der AfD auf Einsetzung eines Sparausschusses dagegen lehnen wir ab, da wir diese Zuständigkeit bereits im Ausschuss für Finanzen, Verwaltung und Kultur verortet sehen. Sparen kann man auch ohne extra einen Ausschuss zu bilden.

Abschließend bedanke ich mich im Namen der Fraktion der Freien Demokraten bei der Kreisverwaltung, bei Ihnen Herrn Landrat, und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Und – an alle Anwesenden gerichtet:

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich besinnliche Feiertage sowie für 2023 vor allem Frieden in Europa, Glück, Erfolg und Kraft in allen Bereichen und Lebenslagen! Möge das neue Jahr ein friedliches, gesundes, glückliches und erfolgreiches werden!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.